

Friedhelm Fragemann
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten

Dorsten, 28.11.2018
Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Bürgermeister hat sich in seiner Haushaltsrede die Freiheit genommen, grundsätzliche Gedanken über die Verbesserung des Zusammenhalts der städtischen Zivilgesellschaft zu äußern und in diesem Zusammenhang zu Recht Toleranz und Respekt im Umgang miteinander eingefordert. Gestatten Sie vor dem Hintergrund der aktuellen Situation auch mir zunächst einige grundlegende Anmerkungen.

Das Grundproblem der fortschreitenden gesellschaftlichen Erosion liegt meines Erachtens darin, dass die etablierten politischen Parteien in wichtigen Teilbereichen der Gesellschaft realitätsblind geworden sind und bestimmte Sorgen und Nöte der Menschen nicht ernst nehmen.

Ein relevanter Bereich in diesem Zusammenhang ist sicher die Frage der inneren Sicherheit, die über viele Jahre sträflich vernachlässigt wurde. Sicherheit gehört aber zum Kern unseres demokratischen Gesellschaftssystems und muss vom Staat ohne Wenn und Aber gewährleistet werden; denn ohne innere Sicherheit gibt es keine funktionierende lebendige Zivilgesellschaft. Es reicht nicht, die Menschen darüber zu belehren, was von der Politik gut gemacht worden bzw. in Ordnung ist, wenn andererseits Probleme, die ihnen auf den Nägeln brennen, schlichtweg ignoriert oder nur dilatorisch behandelt werden.

Die sträfliche Vernachlässigung der inneren Sicherheit, fehlende konsequente Handhabung von Recht und Gesetz, die mangelnde Durchsetzung geltender Regeln bei gleichzeitig völlig unzulänglichen Präventionsmaßnahmen haben maßgeblich mit dazu geführt, dass Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus fröhliche Urständ feiern. Die Volksparteien haben hier eine besondere Verantwortung, denn sie haben den auftrumpfenden Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus maßgeblich mit zu verantworten. So wurde in vielen Großstädten die soziale Erosion ganzer Stadtteile sowie die Bildung von Parallelgesellschaften schlichtweg ignoriert. Kriminelle Aktivitäten von Zuwanderern wurden durchweg als Einzelfälle definiert, Identitätsprüfungen völlig unzureichend durchgeführt. Die unkontrollierte Massenzuwanderung des Jahres 2015 hatte dabei gewissermaßen nur eine Katalysatorfunktion; denn viele Probleme wie No-go-Areas und rechtsfreie Räume gibt es schon seit langem. Aber statt sich beispielsweise mit den von der AfD thematisierten Problemen inhaltlich auseinanderzusetzen, wurden AfD-Anhänger und -wähler pauschal verteufelt. Probleme sind aber nicht deshalb nicht existent, weil sie von der AfD benannt werden.

Statt offen über die chaotische Massenimmigration zu reden und offensichtlich vorhandene Probleme anzugehen, wurden Kritiker nicht nur als rechtspopulistisch, sondern auch als menschenfeindlich bezeichnet, wer Worte wie chaotische Massenimmigration o.Ä. in den Mund nahm, sogar als Nazi. Die ständige Beschwichtigungspolitik der letzten Jahre durch Einhaltung der vermeintlichen political correctness und die damit verbundene Verengung der Diskussion auf sich verfestigende „Gesinnungskorridore“ macht deutlich, dass unsere politische Elite und große Teile ihrer Gefolgschaft die Bodenhaftung verloren haben. Jeder Abweichler vom politisch verordneten Mainstream wird als potenzieller Menschenrechtsverletzer stigmatisiert. Das hilft nur Schwarz/Weiß-Malern, auf der einen Seite den Willkommensextrémisten, auf der anderen Seite den Rechtspopulisten und dem braunen Sumpf. Die Ergebnisse für die Volksparteien in den letzten Wahlen sowie die aktuellen Prognosen (26 % CDU, 14 % SPD) sprechen Bände.

Noch sind die Wähler der AfD in erster Linie Protestwähler. Man muss sich also inhaltlich mit den aufgeworfenen Fragen auseinandersetzen, statt die AfD zu einem

Popanz aufzublähen und deren Wähler zu verunglimpfen. Nur so kann Vertrauen bei den Bürgern zurückgewonnen und die AfD als Luftnummer entlarvt werden.

Um wieder Boden unter die Füße zu bekommen, helfen Appelle, Konzerte, Groß-Demonstrationen und Symbolpolitik (Lichterketten) allein nicht. Sie bewirken unter den gegebenen Umständen nur wenig. Es bedarf jetzt einer umgehenden konsequenten Bekämpfung der Ursachen, um die Probleme der inneren Sicherheit unter Kontrolle zu bringen – einerseits eine Null-Toleranz-Strategie gegenüber Regelverletzungen (und das gilt für alle Seiten: sowohl für den braunen Sumpf wie auch für kriminelle Ethno-Clans und Asyl-Missbrauch) und andererseits vor allem ein massiver Ausbau im Bereich der Prävention.

Ein weiterer zentraler Punkt, der die fortschreitende soziale Erosion befördert, ist die Tatsache, dass die Mittelschicht in Deutschland schrumpft. Die Lebenswelten von Armen, Mittelschicht und Reichen fallen immer weiter auseinander. Die Segregation nach Stadtvierteln schreitet fort. Die soziale Mobilität sinkt. Das allein wäre noch nicht existenzbedrohend, allerdings findet das ganze Geschehen als Tanz auf dem Vulkan statt; denn die Weltfinanzkrise 2008 ist längst nicht überwunden und im Übrigen eine Bestätigung der Krisentheorie von Marx. Seine Vorhersagen der Globalisierung und ihrer Folgen sind in einer Weise eingetreten, dass man sich die Augen reibt. Zu viel Kapital, das Anlage sucht, zu viel Schulden, die ganze Länder gefährden, zu viel Macht der Monopolisten, die Zulieferer wie Konkurrenten per Preiskampf ruinieren – und zwar weltweit. Das Kapital kennt kein Vaterland.

„In der Tat kündigt der chronische Charakter, den die gegenwärtige Finanzkrise angenommen hat, nur einen heftigeren und unheilvolleren Ausgang dieser Krise an. Je länger die Krise andauert, umso schlimmer wird die Abrechnung. Europa befindet sich augenblicklich in der Lage eines Menschen am Rande des Bankrotts, der gezwungen ist, zugleich alle Unternehmungen weiter zu betreiben, die ihn ruiniert haben, und zu allen möglichen verzweifelten Mitteln zu greifen, mit denen er den letzten furchtbaren Krach aufzuschieben und zu verhindern hofft. Es ergehen neue Calls zur Zahlung auf das Kapital von Gesellschaften, die in der Mehrzahl nur auf dem Papier existieren. Große Summen Bargeld werden in Spekulationen investiert,

aus denen sie niemals zurückgezogen werden können.“ Das klingt wie ein Bezug auf die Weltfinanzkrise 2007/2008, stammt aber aus Marx Engels Werke Band 12, Seite 80.

Der französische Präsident Macron hat vor kurzem auf die Frage der Zeitschrift Elle, welche Lektüre er der jüngeren Generation empfehle, geantwortet: Das Kapital von Karl Marx, um die Welt zu verstehen. Marx war einer der ersten Makro-Ökonomen der Weltgeschichte und kam zu dem Schluss: Produziert wird nicht für den Bedarf, sondern für den Gewinn. Das bestätigt Thomas Piketty, kein Marxist, sondern Wirtschafts-Professor an der renommierten Paris School of Economics, in seinem Werk „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem er formuliert: Renditen aus Kapital übersteigen das wirtschaftliche Wachstum. Das bedeutet also, dass Geld rentabler arbeitet als seine ursprüngliche Quelle. Man braucht keinen Master in Volkswirtschaftslehre, um die langfristigen Folgen zu ermessen. Selbst Investmentbankern ist inzwischen klar, dass die Frage nicht mehr lautet, ob der Kapitalismus scheitert, sondern nur noch wann und wie. Die Schere von Arm und Reich öffnet sich zurzeit weiter, unter anderem weil renditeorientierte Unternehmen immer mächtiger werden. So kontrollieren 150 globale Player inzwischen die Weltwirtschaft. Rund 1 % der Unternehmen in Deutschland machen fast 70 % der Umsätze. Wir haben inzwischen eine Dominanz der Finanzwirtschaft über die reale, entstanden im Zuge der Deregulierung, basierend auf Werten, deren Ursprung, nämlich Arbeit, wohl vergessen wurde, so der Marx-Biograf Jürgen Neffe.

Hinter den noch immer aktuellen Forderungen nach einem „schlanken Staat“, der die Abgabenlasten verringern soll, steckt in Wahrheit die Erwartung neuer Anlagemöglichkeiten für das wachsende Geldvermögen. Ob Sicherheit, Verkehrswege oder Verwaltung: Einst öffentliche Aufgaben werden immer häufiger von Privatunternehmen erledigt, die der Logik des Kapitals unterliegen. Renditeziele von 10-15 % gelten als normal. Wenn die öffentliche Hand aus fiskalischen Nöten gezwungen ist, Gemeineigentum vom Krankenhaus bis zum Knast in den kapitalistischen Kreislauf zu speisen, dann verwandelt es sich über Nacht in profitables Investment mit Einnahmegarantie (Neffe).

Die Kapitalisierung des letzten Winkels der Erde, wie sie Marx vorhergesagt hat, geht heute mit totaler Kontrolle einher. Die Konsumenten lassen sich widerstandslos überwachen, verführen und beherrschen.

Dass Marx mit seinen Vorhersagen der Globalisierung, der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Logik des Kapitals und der totalen Kommerzialisierung, die alles Mögliche zur Ware macht, völlig recht hatte, konstatieren ihm selbst Gegner. Die totale Privatisierung, die auch Staatsapparate in die Verwertung einbezieht, um sie im Interesse des Kapitals auszubeuten, schlägt sich auch in der Vokabel „Konzern Stadt“ nieder. Das sollte man sich einmal bewusst machen.

Nichts desto weniger sollte immer versucht werden, das unter den gegebenen Umständen Mögliche im Sinne des Allgemeininteresses zu realisieren. Der Meinung war übrigens auch Karl-Marx.

Die Frage lautet also: Wie können wir die Kräfte der digitalen Revolution, die Herausforderungen durch Migration und Strukturwandel in der Industrie so nutzen, dass Kollateralschäden in Form gesellschaftlicher Verwerfungen minimiert werden? Wie können wir die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, die gesellschaftlichen Unwuchten zugunsten der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen? Dazu bedarf es unter anderem einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen, insgesamt einer gerechteren Verteilung des Nationaleinkommens. Geld ist zur Genüge vorhanden. Allein der Schaden durch Geldwäsche in der Bundesrepublik Deutschland wird auf jährlich ca. 100 Milliarden Euro geschätzt. Ein Bruchteil davon wäre für die Staatsfinanzen schon sehr hilfreich. Noch wichtiger wäre es, wenn alle Steuerpflichtigen auch entsprechend zur Steuerzahlung herangezogen würden, wenn endlich der Spitzensteuersatz erhöht und die Vermögenssteuer eingeführt werden würde. Immerhin hat der Bund jetzt 3000 Steuerfahnder neu bestellt, was sicher vor dem Hintergrund, dass in der Europäischen Union 1 Billion Euro durch Steuerflucht verloren gehen, ausbaufähig ist. Dagegen wehrt sich natürlich heftig das Bundeszentralorgan der FDP-Leichtmatrosen mit dem Namen Bund der Steuerzahler, einer Organisation der begüterten Nicht-Steuerzahlungswilligen. Hilfreich wäre sicher auch die Einführung der überfälligen Börsensteuer (Transaktionssteuer), die nach dem Willen der amtierenden Bundesregierung auf europäischer Ebene durchgesetzt werden soll.

Schlussendlich komme ich bezüglich meiner grundlegenden Gedanken zu dem Ergebnis, dass man, wie es der Grundsatzreferent der Mainzer SPD-Landtagsfraktion, Nils Heisterhagen, formuliert hat, in der Zuwanderungspolitik zu lasch gewesen und sich zu sehr um den linksliberalen Kulturkampf, Multikulti und Genderthemen gekümmert und dabei den Kern der sozialen Frage vernachlässigt habe.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich komme jetzt zum Haushalt der Stadt Dorsten für das Jahr 2019 im Besonderen. Der Kämmerer hat in seiner Rede schon festgestellt, dass die Entwicklung des Haushaltes 2018 deutlich besser lief als geplant, allerdings verursacht durch Einmaleffekte. Es sei sogar wieder ein bescheidenes Eigenkapital in Höhe von 2,4 Millionen Euro vorhanden, der Abbau der Verschuldung schreite voran, immerhin seien in den letzten Jahren 80 Millionen Euro Schulden abgebaut worden. Die bilanzielle Überschuldung ist mit dem Jahresabschluss 2017 vollständig abgebaut. In Zukunft seien keine schmerzhaften Entscheidungen bezüglich Haushaltssanierungsmaßnahmen mehr zu treffen. 97,56 % der Maßnahmen seien umgesetzt. Noch vor 2021 würden 100 % erreicht. Dies sei ein großer gemeinsamer Erfolg.

Das ist korrekt.

Auch der Entwurf 2019 stellt sich positiv dar. Die Landschaftsumlage sinkt, damit ebenso die Kreisumlage. Im nächsten Jahr sind zudem noch erhebliche Summen aus der Rücklage von Eigenkapital des Kreises zu erwarten. Dabei bewegt sich die Größenordnung ca. zwischen 10 und 17 Millionen, die an die Städte zurückgegeben werden könnten. Auf der anderen Seite schieben wir nach wie vor einen Sanierungsstau von über 200 Millionen Euro vor uns her, mit den vorgesehenen 6,4 Millionen Euro pro Jahr ist nicht allzu viel zu leisten, von den durch Fördermittel möglichen Investitionen einmal abgesehen. Zudem verlieren die Kommunen in der Größenordnung von 25 bis 350000 Einwohnern (nebenbei: eine sehr merkwürdige

Kategorisierung) bei den Schlüsselzuweisungen aufgrund der Stärkung des ländlichen Raumes und einiger großen Städte. Kosten für abgelehnte und ausreisepflichtige Asylbewerber bleiben weiterhin bei der Stadt, weil Bund und Land nicht für Bewerber im Verfahren zahlen. Insgesamt ist das Konnexitätsprinzip immer noch nicht hinreichend umgesetzt. Die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) trifft zwar eine Reihe positiver Feststellungen, gibt aber weitere Empfehlungen bzw. kritisiert erneut Raumüberhänge bei den Grundschulen. Haben die zuständigen Damen und Herren der GPA eigentlich schon mal etwas von OGS und der zukünftig vorgesehenen Ganztagsbetreuung gehört?

Insgesamt ist festzustellen, die Zahlkosten der Stadt Dorsten sinken; es gibt eine deutliche Verbesserung der Haushaltssituation; andererseits sind aber weitere Verbesserungen dringend geboten, u.a. aus Gründen der Nachhaltigkeit.

Von daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, ergeben sich folgende Forderungen:

Beim Kreis gibt es noch Luft bezüglich des Eigenkapitals. Hier sind höhere Rückflüsse an Städte und Gemeinden zwingend erforderlich. Die Einrichtung eines Pensionsfonds ist hingegen der falsche Weg. Wir brauchen keine weiteren Belastungen des Kreises auf Kosten seiner Städte (hier unterstützt die SPD-Fraktion voll inhaltlich den Brief der Bürgermeister an den Landrat); denn noch immer gilt: sofern sich auch nur eine Stellschraube im Haushaltsgebäude ändert, z. B. durch Zins- oder Lohnerhöhungen, bricht das Ganze wie ein Kartenhaus zusammen. Daher haben wir ja vor einigen Monaten einvernehmlich eine umfassende Resolution des Rates zur Finanzsituation der Städte und Gemeinden beschlossen, auf die wir allerdings nur lapidare Antworten erhalten haben, nach dem Motto: Danke, wir arbeiten daran, Eingangsstempel. Dabei ist die strukturelle Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden nach wie vor das zentrale Problem, wenn sich auch hier und da weitere Verbesserungen abzeichnen, so die jetzt zugesagte Weitergabe der vom Bund zugesagten Bundesmittel für Flüchtlinge durch das Land an die Kommunen und zwar 1:1.

Es gibt auch einige Erfolge, die uns trotz der schwierigen Haushaltslage, trotz des Ritts auf der Rasierklinge gelungen sind. So ist die Existenz des Gemeinschaftshauses in Wulfen langfristig gesichert. Die Neue Schule ist gestartet und das Paul-Gerhardt-Haus läuft wieder. Offensichtlich muss man manchmal auch den Kirchen bzw. den Kirchengemeinden den Marsch blasen.

Großprojekte wie „Wir machen Mitte“ laufen im Wesentlichen reibungslos, wenn auch dort einige Einsparungen getätigt werden mussten. Immerhin schultern wir hier Fördervolumen, die ansonsten nur in Großstädten wie Essen oder Gelsenkirchen bewältigt werden können.

Der Drogeriemarkt in Hervest-Dorsten konnte endlich auf den Weg gebracht werden, das Atlantis schreibt seine Erfolgsgeschichte fort. Die Dorstener Netzgesellschaft erwirtschaftet nicht unerhebliche Überschüsse, die in den Haushalt eingespeist werden können.

Besonders positiv ist auch die enorme Bürgerbeteiligung in der Stadt Dorsten. Es gibt jetzt in nahezu allen Ortsteilen Stadtteilkonferenzen und viele Bürger arbeiten auch im Bereich der Stadtplanung ehrenamtlich mit großem Engagement mit. Letzteres gilt auch für die Integrationsarbeit – trotz widriger Umstände.

Auf der anderen Seite gibt es natürlich noch erheblichen Handlungsbedarf. So bedarf insbesondere die Sanierung von Schulen eines Schubes und zwar nicht nur im Hinblick auf Toilettenanlagen und Bodenbeläge, sondern auch im Hinblick auf Ausstattung und Verringerung der Klassenstärken, wobei letzteres eben ein Versäumnis des Landes ist. Es ist ein Unding, dass in einem reichen Land wie der BRD in der Grundschule Klassenstärken bis zu 29 Kindern und selbst im Mittelstufen-Unterricht an weiterführenden Schulen Klassengrößen von über 30 Schülern möglich sind. Ich habe das in der Vergangenheit häufig als Käfighaltung gekennzeichnet. Ich hoffe, dass sich Bund und Land in Sachen Verbesserung der Bildungsinfrastruktur jetzt tatsächlich auf den Weg machen. Bisher blieb es zu oft bei Ankündigungen.

Dass jetzt erneut Toilettenanlagen durch Elterninitiativen bzw. durch Mittel eines Fördervereins saniert werden, wie zurzeit in Altendorf-Ulfkotte, darf kein Dauerzustand werden. Die Städte müssen so ausgestattet sein, dass sie diese grundlegenden Aufgaben als Schulträger auch meistern können.

Gestatten sie mir in diesem Zusammenhang auch ein Wort zum Thema Auflösung des Schulverbundes der Antoniussschule. Hier hat sich die Einschätzung der SPD, dass man mit der Schließung der Wichernschule die Problematik an anderer Stelle verschärft, bewahrheitet. Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass – nicht zuletzt mit Blick auf die notwendige Integration von Flüchtlingen – die Aufgabe von Schulstandorten wegen angeblich großer räumlicher Überkapazitäten, sich in Kürze als falsch erweisen würde. Wir begrüßen indes, dass sich jetzt die Bonifatiusschule wieder verselbständigen kann. Wir gehen davon aus, dass mit Blick auf Ausstattung- und Sanierungsmaßnahmen an Schulen im Jahre 2019 Mittel genutzt werden können, die sich infolge von Haushaltsverbesserungen ergeben. Das muss auch für die fehlende Pausenhallen-Überdachung am neuen Hauptschulstandort gelten.

Bezüglich der Kita-Gebühren ist es an der Zeit, dass das Land die im Koalitionsvertrag verankerte Zielsetzung der Gebührenfreiheit auch endlich umsetzt. Eine gesetzlich fixierte Gebührenfreiheit ist eine bildungs- und sozialpolitische Notwendigkeit ersten Ranges und würde im Übrigen auch die Kommunen, die zurzeit mit der Gebührenerhebung einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand betreiben, entlasten. Hierzu verweise ich auch auf unseren Antrag unter Punkt 21 der heutigen Tagesordnung.

Im Bereich OGS gibt es zwar schon seit mehr als einem Dutzend Jahren ein Raumprogramm (Aufenthaltsräume, Nutzung von Klassenräumen für Lerngruppen, getrennte Küche), aber in einzelnen Schulen herrscht inzwischen Raumnot, insbesondere in der Antoniussschule. Dieses wird sich im Hinblick auf das Jahr 2025, ab dem eine Ganztagsbetreuung für alle Kinder vorgesehen ist, erheblich verschärfen, auch wenn die Regierung in Berlin das vorgesehene Milliardenprogramm zunächst zurückgestellt hat bzw. die Angelegenheit wegen des Ländervorbehalts stockt.

Mit Blick auf Betreuung und Bildungsförderung ist ein Ausbau der OGS unverzichtbar und hinsichtlich Integration unabdingbar. Sie ist auch ein unverzichtbarer Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auf Dauer müssten Bund und Land auch für einheitliche Qualitätsstandards sorgen, die gesetzlich festzuschreiben sind. Zurzeit werden in Dorsten häufig Integrationshelfer als „Ausweg“ benutzt, um die Problematik zwar nicht formal abgewiesener aber durch intensive Beratung zurückgewiesener Kinder zu verdecken, also die Statistik zu bereinigen. Um erste Schritte zum Abbau des nicht unerheblichen Ausmaßes fehlender Raumkapazitäten durchführen zu können, hatte die SPD beantragt, entsprechende Mittel für den Ausbau in der Antoniussschule bereitzustellen. Damit die Beseitigung bestehender Defizite sich in ein Gesamtkonzept einfügt und wir Fehlinvestitionen vermeiden, hat der Bürgermeister vorgeschlagen, unseren Antrag dahingehend aufzugreifen, zunächst nur Planungskosten in den Haushalt einzustellen und unabhängig davon zu prüfen, wie die akuten Probleme an der Antoniussschule im Zuge einer Zwischenlösung kostengünstig zu beheben seien. Das tragen wir mit. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, die Stellen der Schulsozialarbeit auf Dauer zu sichern. Diese dürfen nicht jedes Jahr infrage gestellt werden.

Der Sportstättenentwicklungsplan bedarf insgesamt dringend einer Überarbeitung. Hier muss auf einer umfassenden Entscheidungsgrundlage ein sportpolitisches Gesamtkonzept entwickelt werden, bei dem alle Stadtteile zu ihrem Recht kommen. Zu diesem Zweck müssen alle Akteure an einem Tisch. Nur so kommen wir zu einer angemessenen Lösung auch für den Raum Wulfen-Barkenberg.

Hinsichtlich des Verkehrswegekonzeptes in Barkenberg dürfen keine weiteren Brückenbauwerke abgebrochen werden; das konfliktfreie Queren von Radfahrern und Fußgängern muss weiterhin uneingeschränkt möglich sein. Mit einem Abriss der Brücke Barkenberger Allee/Ecke Himmelsberg würde erneut ein wichtiger Baustein des autoverkehrsfreien Wegenetzes in Wulfen-Barkenberg verschwinden. Der durch die Unterführung führende Fußweg ist im Übrigen ein von Schulkindern stark frequentierter Weg, wenn er auch nicht offiziell als Schulweg ausgewiesen ist.

Bezüglich der Freistellung von Anliegerbeiträgen bei der Sanierung von Straßen ist der Vorstoß der SPD-Landtagsfraktion leider gescheitert, nicht nur, weil er sich in schlechter Gesellschaft befand – nämlich des Bundes der Steuerzahler, sondern an Schwarz/Gelb.

Die SPD-Fraktion wird im Übrigen im nächsten Jahr einen Schwerpunkt im Bereich Wohnen setzen und konkrete Maßnahmen vor Ort vorantreiben. Die von uns eingeforderte längst überfällige erste Sitzung der vor über einem Jahr installierten Arbeitsgruppe „Masterplan Wohnen“ hat der Bürgermeister jetzt einberufen. Nun gilt es, eine genaue Auswertung der vorliegenden Gutachten vorzunehmen und auf dieser Grundlage Schritte zur Behebung der Probleme, z.B. durch ein Leerstands- und Nachfragemanagements, zu unternehmen. Wir wollen auch prüfen, ob und inwieweit die Vermarktung von Bauland ausschließlich über die Stadt erfolgen kann. Auch genossenschaftliche Modelle sind unseres Erachtens wieder stärker in den Blick zu nehmen. Vielleicht kann die „Rote Finnstadt“ Barkenberg Vorbild für eine Neuauflage sein.

Bezüglich Stellenplan möchte ich anmerken, dass der Stellungnahme des Personalrates nahezu in allen Punkten ohne Wenn und Aber zugestimmt werden kann und dass wir uns bemühen müssen, den dort formulierten Ansprüchen kurz- und mittelfristig gerecht zu werden.

Die SPD-Fraktion hat diesbezüglich im Zuge der Haushaltsberatungen folgende Anträge gestellt:

1. Die pauschale Einsparung bei den Personalkosten von jährlich 5 % sukzessive um einen 1%-Punkt jährlich zurückzuführen und u.a. die rechnerischen Einsparungen durch die Wiederbesetzungssperre zur Darstellung der Gegenfinanzierung zu nutzen.
2. Die für das ZGM im Stellenplan jetzt vorgesehenen zwei weiteren Stellen (u.a. Ingenieur Haustechnik) um eine weitere Fachkraft zu ergänzen, um die gewachsenen Aufgaben in diesem Bereich auch umsetzen zu können.
3. Für den Bereich Grün- und Verkehrsplanung einen weiteren Mitarbeiter einzustellen, um neben den großen geförderten Projekten, auch die durch immer stärkere Bürgerbeteiligung gewachsenen Aufgaben bewältigen zu

können. Damit würde ein Umsetzungsproblem vermieden und die engagierte Zuarbeit von Bürgerinitiativen, wie etwa der Initiative Marienviertel, nicht ins Leere laufen.

4. Für die zurzeit völlig unterbesetzte und überforderte Bauordnung eine weitere Stelle vorzusehen, um die auch von der CDU geforderte Aufstockung der Planungskapazitäten (allgemeine Bauleitplanung und verbindliche Bauleitplanung zur Beschleunigung von Bauland- und Gewerbeentwicklung) überhaupt nutzbar machen zu können.
5. Das Familienbüro um 1/2 Stelle aufzustocken.

Diese Vorschläge führten zunächst zu großer Aufregung bei der CDU und zum üblichen Reflex der pauschalen Ablehnung. Auch einen Kompromissvorschlag meinerseits bezüglich der Bauordnung, nämlich zunächst einen Architekten in der Bauordnung einzusetzen, der dann später zum Planungsamt wechseln könne, quasi als Springer, wurde von der Union zunächst abgelehnt und erst nach Sitzungsunterbrechung und Vermittlungsversuchen des Bürgermeisters, meinen Vorschlag einzubauen, berücksichtigt. Bezüglich unserer ersten Forderung, die pauschale Einsparung von Personalkosten sukzessive um 1 %-Punkt jährlich zurückzuführen, sollen im nächsten Jahr diesbezüglich konkrete Zahlen vorgelegt werden. Zu Zweitens und Drittens wird innerhalb der ersten Monate des Jahres 2019 eine Prüfung mit dem Ziel durchgeführt werden, gegebenenfalls noch vor den nächsten Haushaltsberatungen entsprechend reagieren zu können (siehe heutige Tischvorlage). Der Punkt 5 wurde als nicht vereinbar mit dem Haushaltssanierungskonzept und den dort gegebenen Vorgaben abgelehnt.

Zwecks Kompensation habe ich auf Mehreinnahmen durch Vermarktung von Baugrundstücken verwiesen, die geplante Teilnahme an einer privaten Ausschreibungsgesellschaft angeführt und die zusätzliche Nutzung der Einkaufsgenossenschaft des Städte- und Gemeindebundes (Kopart) vorgeschlagen. Zudem habe ich auf die demnächst zu erwartenden Rückflüsse vom Kreis sowie auf die angekündigte volle Weitergabe der Integrationspauschale verwiesen

Eines ist jedenfalls klar, die Vielzahl von Projekten, die wir zurzeit schultern müssen, als auch die Wahrnehmung der anderen vielfältigen Aufgaben, die uns von Land und Bund zusätzlich auferlegt worden sind, sind ohne mehr Personalkapazität nicht machbar; wir stemmen mittlerweile Projekte, die selbst für Großstädte wie Essen eine Herausforderung darstellen würden. Ohne weitere Personalkapazität gäbe es hier ein Umsetzungsproblem und die anderen laufenden Aufgaben wären nicht mehr zu bewältigen. Auch dürfen wir das großartige bürgerschaftliche Engagement, die Beteiligung an Planungsprozessen nicht ins Leere laufen lassen; hier bedarf es der Unterstützung durch die Verwaltung, die für eine Umsetzung notwendig ist.

Nicht versäumen möchte ich anzumerken, dass die Anzahl der Ausbildungsplätze zum 01.01.2019 erneut gesteigert werden konnte und zwar auf 55 (im Vergleich zu 45 zum 01.01.2018), insbesondere durch zusätzliche Ausbildungsplätze für Brandmeisteranwärter und Notfallsanitäter.

Mein Dank gilt den Mitarbeitern der Verwaltung für die Bereitschaft, uns jederzeit die notwendigen Informationen für die teilweise schwierigen Haushaltsberatungen zu liefern.

Die SPD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushalt mit den vorgenommenen Änderungen zu.

Glück Auf
Friedhelm Fragemann